



Entwurf

für einen

Integrationsplan für Germering

vorgelegt von

Thomas Hegemann & Katalin Kóródi

Inhaltsverzeichnis

1. **Geleitwort**
2. **Vorwort**
3. **Sinn und Zweck eines Integrationsplans**
4. **Konzeption des Integrationsplans**
5. **Bundes, landes- und kommunalpolitischer Rahmen**
6. **Relevante Daten aus Germering**
7. **Erhebung**
 - 7.1 **Was gibt es bereits in Germering?**
 - 7.2 **Welcher Handlungsbedarf wird gesehen?**
8. **Empfehlungen**
 - 8.1 **Koordination und Organisation**
 - 8.2 **Beratung**
 - 8.3 **Austausch und Kommunikation**
 - 8.4 **Monitoring und Bestandserhebung**
 - 8.5 **Interessenvertretung**
 - 8.6 **Personalentwicklung**
 - 8.7 **Qualitätsmanagement**
 - 8.8 **Vernetzung mit anderen Kommunen und Verwaltungsebenen**
 - 8.9 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**
 - 8.10 **Sprachförderung**
 - 8.11 **Förderung von Frauen- und Müttern**
 - 8.12 **Jugend- und Vereinsarbeit**
 - 8.13 **Altenhilfe**
 - 8.14 **Hilfe für Menschen mit Behinderung**
 - 8.15 **Wirtschaftsförderung als Integrationsförderung**
9. **Zusammenfassung und Prozessempfehlungen**
10. **Referenzen**

Anlagen A – G :

A (Ablaufplan), B (Handlungsfelder), C (Gewichtung der Handlungsfelder), E (Befragte Akteure), F (Ausländerstatistik), G (Einrichtungen in Germering)

1. Geleitworte

1.1. des Oberbürgermeisters, Herrn A. Haas

1.2. der Referentin für Partnerschaften und Ausländerangelegenheiten, Frau C. Keßler,

HIER WÄREN GELEITWORTE IN DEN VERABSCHIEDETEN PLAN EINZUSETZEN.

2. Vorwort der Autoren

Hiermit wird ein Entwurf für einen Integrationsplan für die Stadt Germering vorgelegt. Er dient als Grundlage für die Entscheidungen des Stadtrats zu einer zukünftigen Integrationspolitik der Stadt. Die Stadt Germering steht wie die große Mehrheit der Kommunen in Deutschland und Europa vor der Aufgabe zugewanderte Migranten und Migrantinnen in das städtische Leben zu integrieren. Die Deutsche Bundesregierung (1), die Bayerische Staatsregierung (2) und der Deutsche Städtetag (3) haben im Einklang mit der Europäischen Union (4) Integration zu einem vorrangigen Politikziel erklärt, dem sich alle im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien verpflichtet sehen.

Mit *Integration* ist hier die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund gemeint. Die Notwendigkeiten der Integration von Menschen, die aus anderen Gründen erschwerte Bedingungen haben, am Leben der Stadt in gleichem Maße teilzuhaben wie die Mehrheit der Bevölkerung, muss an anderer Stelle diskutiert werden.

Das diesen Entwurf vorstellende Institut ISTOB bietet als systemisches Institut seit Jahren Personalentwicklungsmaßnahmen für den öffentlichen Bereich an; so für Kommunen (z.B. die Städte München, Nürnberg, Hannover, Hamburg, Bezirk Oberbayern, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Landratsämter Freising, Landsberg u.a.), die Wohlfahrtsverbände (Caritas München und Regensburg, AWO Duisburg, Diakonie Baden-Württemberg u.a.), für Krankenhäuser, Jugendhilfeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, für die Bundesagentur für Arbeit, für Schulen und für Firmen und Betriebe.

Interkulturelle Personalentwicklungs- und Organisationsentwicklungsmaßnahmen werden von ISTOB in Kooperation mit dem Bayerischen Zentrum für Transkulturelle Medizin in München (5) und dem Ethno-Medizinischen Zentrum in Hannover (6) (7) für eine Reihe der oben aufgeführten Kunden durchgeführt.

Dieser Entwurf für einen Integrationsplan ist in mehrere Kapitel gegliedert. In einem möglichen Geleitwort der Stadtspitze könnten die Gründe und Vorläufe für einen Integrationsplan vorgestellt werden. Im Vorwort stellen die Autoren sich und den Entwurf vor. Im Kapitel 3 werden Sinn und Zweck eines Integrationsplans vorgestellt. Das Kapitel 4 beschreibt die Konzeption. Kapitel 5 stellt diese in den aktuellen bundes- und landespolitischen Rahmen. Kapitel 6 beschreibt anhand der zur Verfügung stehenden Zahlen den konkreten Kontext in Germering. Kapitel 7 stellt die Ergebnisse einer Erhebung vor, die zu den Gegebenheiten und Notwendigkeiten der Integrationspolitik in Germering im Mai und Juni 2008 durchgeführt wurde.

Kapitel 8 listet konkrete Empfehlungen für die Integrationspolitik auf. Kapitel 9 bietet Anregungen für die Umsetzung. Kapitel 10 gibt wichtige Referenzen an. Abschließend werden in den Anlagen weitere Informationen zur Erstellung dieses Entwurfs aufgeführt.

3. Zu Sinn und Zweck eines Integrationsplans

Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die letztlich alle Aspekte der städtischen Politik berührt. Einzelne Politikbereiche sind mehr – wie die Jugend- und Sozialpolitik – andere sind weniger – wie die Bau- oder Wirtschaftspolitik – davon berührt. In einer Stadt, in der über 10% der Bevölkerung Ausländer sind, und in der unter Einbezug der Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit wohl an die 20% der Bürger einen Migrationshintergrund haben, kann sich kein Politikbereich davon ausschließen. Schon gar nicht auf dem Hintergrund einer globalisierten Welt, in der immer mehr gesellschaftliche Bereiche auf internationale Beziehungen angewiesen sind.

Zwei Aspekte einer erfolgreichen Integrationspolitik haben sich in langjährigen Beobachtungen als besonders bedeutsam herausgestellt:

- Es bewähren sich für die Integrationspolitik Methoden der Politikgestaltung, wie sie sich in der Gleichstellungspolitik für Frauen in den letzten Jahrzehnten – ja durchaus in einer kontroversen politischen Debatte – als gemeinsame Basis der Politikgestaltung aller demokratischen Parteien herausgebildet haben.

In Konzepten erfolgreicher Gleichstellungspolitik, namentlich dem *Gender Mainstreaming* Programm (8), mit denen strukturelle Ungleichheiten nachhaltig vermindert werden, wurden diese niedergelegt. Alle Entscheidungen und Politikbereiche sind demnach darauf hin zu prüfen, ob sie die Gleichbehandlung gewährleisten und nicht direkt oder indirekt Ungleichheiten verfestigen.

Konzepte des *Diversity Managements*, wie sie von der Deutschen Bundesregierung mit ihrem Programm „Vielfalt als Chance“ (9) gefördert werden, weiten die Gleichstellungspolitik auf andere Gruppen der Gesellschaft aus, die einer strukturellen Benachteiligung unterliegen.

Der Förderung der Aufmerksamkeit und einem Monitoring zur eigenen politischen Entscheidungs- und zur Verwaltungspraxis und deren Auswirkungen für betroffene Gruppen ist Vorrang einzuräumen.

- Es bewährt sich, Integrationspolitik in erster Linie als Sozialpolitik zu betrachten. Die Probleme der Integration von Minderheiten eines fremden kulturellen Hintergrundes betreffen in erster Linie unterprivilegierte Gruppen. Diese haben schlechtere Bildungsvoraussetzungen als die Durchschnittsbevölkerung. Sie sind daher – ebenso wie entsprechende Gruppen der Mehrheitsbevölkerung – überdurchschnittlich mehr von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erziehungsproblemen, Schulden und ähnlichen Belastungen betroffen.

Gut gebildete Migranten und Migrantinnen, die in lokalen Firmen mit internationalen Kontakten gut dotierte Positionen einnehmen, sind weniger auf eine Integrationspolitik angewiesen.

Aus diesem Grunde kann ein Integrationsplan nicht konkrete Schritte empfehlen, welche aus einer Bestandserhebung zu ziehen wären. Für andere Aspekte der Kommunalplanung – Jugendhilfeplanung, Altenhilfeplanung, Wirtschaftsplanung etc. - lassen sich aus statistischen Erhebungen unter Zuhilfenahme von Vergleichszahlen konkrete Bedürfnisse errechnen. Für Integrationspolitik ist das nicht in gleicher Weise möglich, da sie eine Querschnittsaufgabe ist.

Gegenstand eines Integrationsplans ist die Aufzeichnung von Entwicklungsnotwendigkeiten, die eine Kommune selber betreiben kann und die in erster Linie auf eine Verbesserung der Bestandserhebung, des Austausches und der Vernetzung aller relevanten Akteure abzielen. Denn keine Institution kann eine Verbesserung der Integration von Minderheiten alleine bewerkstelligen. Bürgerschaftlichem Engagement und ehrenamtlicher Tätigkeit innerhalb und außerhalb von Vereinsstrukturen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Gegenstand eines kommunalen Planes kann nicht sein, Aspekte der Integration in die kommunale Planung aufzunehmen, die in die Entscheidungskompetenz der Bundes- oder der Staatsregierung fallen. Deren Entscheidungen sind zwar höchst relevant für Integration. Sie können aber nur als wichtige Rahmenbedingungen berücksichtigt und genutzt werden. Ebenfalls kann es nicht Aufgabe eines kommunalen Integrationsplans sein, Einrichtungen, die sich nicht in kommunaler Trägerschaft befinden, konkrete Vorgaben zu machen.

Die Integrationspläne des Bundes und der Länder, sowie die zahlreicher Kommunen tragen dem Rechnung, in dem sie Leitlinien vorgeben und diese regelmäßig fortschreiben.

Eine Kommune, wie die Stadt Germering, kann dazu nur gute Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen und auf bewährten Erfahrungen einzelner Akteure aufbauen, die bereits, wie weiter unten dargelegt, Beachtliches geleistet und aufgebaut haben (siehe Kapitel 7.1).

Mit ihrer Förderpraxis im Rahmen von freiwilligen Leistungen kann eine Kommune aber sehr wohl Institutionen, die sich um Integration mehr als andere bemühen, gezielt unterstützen und fördern.

Eine Kommune kann auch ihr Interesse an Integrationsfragen immer wieder formulieren. Dies hat bereits bei der Erstellung dieses Entwurfs für einen Integrationsplan zu ermutigenden Entwicklungen geführt.

4. Zur Konzeption des Integrationsplans

Aus Gründen der Nachhaltigkeit und im Sinne der lokalen Praxisnähe wurde der Ablauf der Erstellung des Integrationsplans in Anlehnung an die Entwicklung eines Qualitätsentwicklungsprojekts konzipiert. Dieses Vorgehen bietet am ehesten die Gewähr dafür, dass alle bereits vor der Erstellung des Integrationsplans in der lokalen Integrationspolitik involvierten Akteure bestmöglich beteiligt werden. Auch können so bereits während der Entwicklung des Integrationsplans die unterschiedlichen Verantwortlichen aus den städtischen und den sonstigen öffentlichen und privaten Einrichtungen Schritte in die geplante Richtung einleiten.

Der Ablauf der Erstellung dieses Entwurfs für einen Integrationsplan erfolgte nach dem folgenden Stufenplan (siehe dazu auch die graphische Darstellung in der Anlage A):

4.1. Als erster Schritt wurde zur Vorbereitung eine von der Stadt benannte Steuerungsgruppe eingerichtet, die die Projektverantwortlichkeit trug. Eine Steuerungsgruppe ermöglicht eine bestmöglich an die lokalen Gegebenheiten angepasste Planung und Vorbereitung der Erstellung eines kommunalen Integrationsplans. Die örtliche Steuerungsgruppe kennt die lokalen Akteure und Ressourcen am besten. Sie kann gut entscheiden, welche Personen zu welcher Frage was sagen können und mit welchen Vorgehensweisen lokal am besten gute Kooperationen fördern lassen. Weiterhin schafft sich die Kommune eine Koordinationsmöglichkeit zur Integrationspolitik, welche sie auch nach Fertigstellung des Integrationsplans nutzen kann. Nicht zuletzt bietet eine kommunale Steuerungsgruppe eine gute Gewähr dafür, den Prozess der Erstellung eines Integrationsplans mit anderen Qualitätsentwicklungsmaßnahmen zu verknüpfen.

4.2. Diese Gruppe wurde auf Beschluss des Sozialausschusses zusammengestellt. Bis zur Kommunalwahl im März 2008 bestand sie aus Frau *F. Erschadi-Zimmermann*, Referentin für Partnerschaften und Ausländerangelegenheiten; Frau *F. Off*, Sozialreferentin; Herrn *J. Huber*, Stadtrat; Herrn *N. Yilmaz*, türk.-islam. Gemeinde; Frau *S. Kögler*, Mukule e.V.; Herrn *T. Wimmer*, Caritas Verband; Herrn *B. Didrichsons* und Frau *B. Paech* vom Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales der Stadt Germering.

Danach bestand die Steuerungsgruppe aus Herrn Huber, Frau Kögler, Herrn Wimmer, Herrn Didrichsons, Frau Paech und den neuen Mitgliedern Frau *C. Kessler*, neue Referentin für Partnerschaften und Ausländerangelegenheiten, Frau *G. Off-Nesselhauf*, Referentin für Frauen und Familie und Herrn *G. Erkilic*, türk.-islam. Gemeinde. Diese Gruppe plante die einzelnen Schritte, die Führungsverantwortlichkeiten und den Ablauf der einzelnen Maßnahmen im Rahmen der Erstellung dieses Entwurfs, die dazu erforderliche Außendarstellung und die Kommunikation der einzelnen Schritte mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der städtischen und sonstigen Einrichtungen.

Erste wichtige Maßnahme war die Vorbereitung einer Befragung der wichtigsten Akteure in Germering

- zur Erfassung der bisherigen Integrationsmaßnahmen
- zur Erhebung der wichtigsten Notwendigkeiten

Denn eine möglichst dichte Einbindung der Entscheidungsträger vor Ort fördert eine realitätsnahe und kostenaufmerksame Planung. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in Kapitel 7 zusammengestellt.

4.3. Zur Vorbereitung fand am 11.02.2008 ein Seminar mit den Mitgliedern des Arbeitskreises AK Integration statt, in dem auf der Basis der Erfahrungen des *Bündnisses für Integration* (10) der Stadt Stuttgart 12 relevante Handlungsfelder von kommunaler Integration vorgestellt wurden.

1. Sprachförderung für Neu- und Altzugewanderte
2. Sprach- und Bildungsförderung in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen
3. Chancengleichheit in Schule und Ausbildung
4. Berufliche Integration
5. Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung
6. Teilhabe an den Angeboten der Kommune

7. Wohnen und Nachbarschaft
8. Interkulturelle und internationale Ausrichtung von Wirtschaft, Kultur und Bildung
9. Sicherheit im öffentlichen Raum
10. Interreligiöser Dialog
11. Politische Teilhabe
12. Öffentlichkeitsarbeit

In der Anlage B findet sich eine ausführlichere Darstellung der Handlungsfelder. Der Arbeitskreis stellte aus dieser Auflistung eine Gewichtung der für Germering relevantesten Dimensionen zusammen.

Die höchste Priorität wurde dem Bildungsbereich zugemessen mit den Schwerpunkten:

- Sprachförderung für Neu- und Altzugewanderte und unter diesen vor allem für Mütter, Eltern und Arbeitslose
- Sprach- und Bildungsförderung in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen
- Chancengleichheit in Schule und Ausbildung

Es wurden Auflistungen der Initiativen zusammengestellt, die im Bereich Bildung und Sprachförderung in Germering besonders aktiv sind, der Projekte, die sich am besten bewährt haben, und der Personen, die am kompetentesten Auskunft über die Situation in Germering geben können. Durch diese Arbeitsweise sind wir dem Vorhaben gefolgt, möglichst viel über die Germeringer Ressourcen zu erfahren, um auf diesen aufbauen zu können. Dies ermöglichte am ehesten einen praktikablen und kostenbewussten Prozess der Konzepterstellung.

Als nächste Priorität wurde das Themenfeld „Demokratische Partizipation“ benannt mit den Schwerpunkten:

- Teilhabe an den Angeboten der Kommune und an den Entscheidungen auf kommunaler Ebene
- Interreligiöser Dialog
- Öffentlichkeitsarbeit

Diese beiden Felder wurden mit großer Übereinstimmung von allen Teilnehmern des AK's benannt. Zu anderen Themenfelder wie „Sicherheit im öffentlichen Raum“, „Politische Teilhabe“ wurden sehr unterschiedliche Gewichtungen vorgenommen. Sie wurden sowohl als sehr wichtig als auch als eher irrelevant eingestuft (siehe dazu auch die Anlage C.).

Auf dieser Basis erstellte die Steuerungsgruppe mit Hilfe von ISTOB einen halbstrukturierten Fragebogen (siehe Anlage D.) und legte die zu befragenden Akteure fest (siehe Anlage E.). Die Auswahl erfolgte nach Konsens innerhalb der Steuerungsgruppe entsprechend dem beschriebenen Stuttgarter Kriterienkatalog und nach Handhabbarkeit (es sollten maximal 50 Befragungen stattfinden). Interviews zu den bisherigen Integrationsleistungen der Stadt und zu den erforderlichen nächsten Maßnahmen bei lokalen Akteuren ergaben nicht nur einen möglichst praxisnahe Überblick, sondern förderten bereits jetzt die Vernetzung und Bekanntheit, so dass bereits jetzt für die Zukunft der Aufbau von Unterstützungsnetzwerken gefördert wurde. Aus diesem Grunde waren auch Mitglieder der Steuerungsgruppe und des Arbeitskreises möglichst eng in die Erhebung der Meinung der lokalen Akteure eingebunden worden.

- 4.4. Die ausgewählten Interviewer wurden am 28.04.2008 geschult, um auf der Basis des Fragebogens die Interviews führen zu können.
- 4.5. Zwischen Mai und Juli 2008 erfolgte dann die Befragung in Germering. Der Oberbürgermeister hatte in einem persönlichen Anschreiben die ausgewählten Akteure im Vorfeld informiert und zur Mitarbeit gebeten. Den einzelnen Befragenden hatten zwischen 2-14 Interviews durchgeführt.
- 4.6. Am 18.07.2008 fand in einer Begleitveranstaltung zum „Internationalen Fest – Begegnung der Kulturen“ ein öffentliches Hearing in der Stadthalle statt. Der Oberbürgermeister hatte dazu alle Bürger mit Migrationshintergrund in Germering eingeladen, um auch ihre Meinung zur den bisher erfolgreichen Integrationsinitiativen und den weiteren Notwendigkeiten einbeziehen zu können.
- 4.7. Alle Befragungsergebnisse wurden in einem folgenden Klärungsprozess mit der Steuerungsgruppe, dem Arbeitskreis Integration und den Referenten des Stadtrats diskutiert. Die Anregungen dieser Gremien wurden danach in diesen Entwurf für einen Integrationsplan eingearbeitet. Allen Interviewten wurde weitest mögliche Anonymität zugesagt.
- 4.8. Nach diesem Ablaufplan wird es möglich sein, den endgültigen Integrationsplan im Laufe des Jahres 2009 zu verabschieden und zu veröffentlichen.

5. Aktueller bundes-, landes- und kommunalpolitischer Rahmen

Integration ist spätestens seit dem ersten Integrationsgipfel des Bundes im Juli 2006 als eine gemeinschaftliche Aufgabe allgemein anerkannt. Auch wenn Deutschland und Bayern auf eine lange Geschichte zugewanderter Menschen zurückschauen können, sind die damit zusammenhängenden Anforderungen erst in den letzten zehn Jahren in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt. Die Deutsche Bundesregierung hat 2007 einen nationalen Integrationsplan (1) verabschiedet und diesen fortgeschrieben. Mit dessen Umsetzung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg betraut, das eine große Zahl von Förderprogrammen unterhält und dazu Informationen anbietet (11). Deutschland befindet sich damit im Einklang mit seinen Nachbarländern und der EU, die ebenfalls eine Reihe von Förderprogrammen aufgelegt hat (4).

Es übersteigt die Möglichkeiten dieses Plans, die Linien der politischen Diskussionen zur *Ausländerpolitik* und zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nachzuzeichnen. Heute kann davon ausgegangen werden, dass von allen demokratischen Parteien anerkannt wird, dass Migration ein unumkehrbarer Bestandteil unserer Gesellschaft ist, und dass die Migranten und Migrantinnen selber und die Aufnahmegesellschaft ihren Beitrag zur Integration zu leisten haben. Der nationale Integrationsplan (1) sagt dazu:

Integration ist daher eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Grundlage ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis unsere freiheitliche und demokratische Ordnung, wie sie sich aus der deutschen und europäischen Geschichte entwickelt hat und im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet.

Integration kann nicht verordnet werden. Sie erfordert Anstrengungen von allen, vom Staat, der Gesellschaft, die aus Menschen mit und ohne Migrationshintergrund besteht.

Maßgebend ist zum einen die Bereitschaft der Zuwandernden, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen, unser Grundgesetz und unsere gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen. Dies erfordert Eigeninitiative, Fleiß und Eigenverantwortung.

Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft benötigen wir dafür Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen.

Von allen Beteiligten werden Veränderungs- und Verantwortungsbereitschaft gefordert.

Die Bayerische Staatsregierung positioniert sich mit ihren Integrationsrichtlinien (2) in vergleichbarer Weise.

Ebenso haben sich der deutsche Städtetag auf seiner Hauptversammlung in 2007 in München (3) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (12) eindeutig zu den Aufgaben der Integration bekannt.

Vorbildlich für die Erstellung dieser Plans waren die genannten Referenzen und die Integrationspläne anderer deutscher Städte; ganz besonders das *Bündnis für Integration* der Stadt Stuttgart (10) mit seiner Fortschreibung (13), wofür sie den *Cities for Peace*-Preis der UNESCO erhalten hat und in dessen Konsequenz sie das Europäische Städtenetzwerk *Cities for Local Integration Policy of Migrants* initiiert hat (14). Dies entwickelt Modellprogramme für kommunale Integrationspolitik.

6. Relevante Daten aus Germering

In Germering leben 4582 Bürger und Bürgerinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von 37.226 Personen sind das 12,3 %.

Davon sind 2301 Personen Männer (50,2 %) und 2281 Personen Frauen (49,8 %).

Von den Ausländern sind 497 Personen jünger als 16 Jahre (10,9 % aller Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit). Bezogen auf die Gruppe aller Einwohner unter 16 Jahren (5376) sind das 9,2 %.

Mit 956 Personen machen die Menschen aus den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens mit 20,8 %, also über einem Viertel, die größte Gruppe aus, gefolgt von den Menschen aus der Türkei mit 731 (16,0 %), die ein Sechstel ausmachen. Die Menschen, die ihre Wurzeln außerhalb Europas einschließlich der Türkei haben, machen zusammen weniger als 13 % aller Ausländer aus.

Eine ausführlichere Übersicht ist aus Anlage F. zu entnehmen.

Nicht erfasst sind alle Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Dies betrifft deutschstämmige Personen, vor allem die Gruppe der Russlanddeutschen, oder Abkömmlinge anderer deutscher Minoritäten in anderen Ländern, aber auch die Gruppe von Migranten, die im Laufe der Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben.

Auch Minderjährige mit hier seit Jahren ansässigen Eltern können neben der Staatsangehörigkeit der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, womit sie im Melderegister nicht mehr als Ausländer in Erscheinung treten. Dies erklärt auch den in Germering relativ geringen Anteil der im Melderegister aufgeführten minderjährigen Ausländer.

Bei den meisten Nationalitäten ist das Geschlechterverhältnis ausgewogen mit, wie bei der gesamten Ausländerbevölkerung, leichter Tendenz zu den Männern. Bei den Thailändern, und bei vielen osteuropäischen und ostasiatischen Staatsangehörigen überwiegen die Frauen.

Die nationalen Gruppen, die in Germering am zahlreichsten vertreten sind, haben nicht nur absolut, sondern auch relativ die meisten Kinder.

61 Ausländer empfangen Arbeitslosengeld I (im Vergleich zu 306 Germeringern). 79 Ausländer empfangen Arbeitslosengeld II (im Vergleich zu 258 Germeringern). Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, dass die ausländische Bevölkerung, wie in den meisten deutschen Städten, unter sozial schlechteren Bedingungen lebt, als die Durchschnittsbevölkerung. Mit 3,0% ist der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld I und II deutlich erhöht (gegenüber 1,5%).

Andererseits zeigt dies aber auch, welche guten Bedingungen die Menschen in Germering im Vergleich zur gesamtdeutschen Situation in ihrer Stadt haben.

Alle genannten Grunddaten wurden uns dankenswerter Weise von der Stadt Germering zur Verfügung gestellt. Mehr statistische Angaben standen bisher nicht zur Verfügung.

7. Ergebnisse der Befragung

„Germering ist eine besonders gut aufgestellte Kommune in Deutschland. Wenn nicht wir, wer denn dann kann Integration vorantreiben!“

Dieses Zitat von einem der Befragten drückt in besonders eindrücklicher Weise die Meinung vieler Germeringer aus. Germering wird als soziale Stadt beschrieben, in der die Bürger sehr viel ehrenamtliches Engagement aufbringen und wo auch die Stadt als solche als offen und sozial empfunden wird. Viele Bürger sind stolz auf diese Entwicklung.

7.1. Was gibt es bereits in Germering?

Der erste Fragenblock im Interview hatte das Ziel die vorhandenen Initiativen in Germering zu erfassen, aber auch die von den Befragten beobachteten positiven Entwicklungen. Ziel war, die Germeringer Ressourcen transparent zu machen. Wie in den meisten anderen Städten werden auch hier die vorhandenen Ressourcen und bewährte Ideen unterstützt. Neue Ideen und Netzwerke sind aber dann am effektivsten und kostengünstigsten, wenn sie an den Vorhandenen anknüpfen.

Daher wurde alle Akteure auch danach befragt, was ihre Einrichtung Gutes zur Integration beitragen kann.

Von allen Befragten wurden das steigende Bewusstsein zu Fragestellungen von „Migration, Integration“ und die Initiative für die Erstellung eines Integrationsplans sehr positiv aufgenommen.

Eines der meist gelobten Gebiete ist der Bereich der Sprachförderung. Dazu leisten Vereine wie Kindergärten und Schulen bereits jetzt eine gute Arbeit.

Die Vielzahl der sozialen Dienste gehört ebenso zu den hier erwähnten Ressourcen auf denen Germering aufbauen kann. Dazu gehören die Migrations- und Integrationsberatungsstellen. Ergänzend wurde die muttersprachliche Beratung bzw. die Einbeziehung von Dolmetscher und Dolmetscherinnen als sehr hilfreich gesehen.

Darüber hinaus wurden Projekte zur Förderung von Jugendlichen sehr gelobt, unter anderem die Hausaufgabenbetreuung oder eine Vielzahl von Freizeitangeboten.

Hier in alphabetischer Reihenfolge die am häufigsten genannten:

- Abenteuerspielplatz
- AK Asyl
- AWO
- Mittagsbetreuung
- Caritas – Beratungsstelle
- Elterncafé
- Frau MütZe
- Germeringer Insel
- Internationales Fest – Begegnung der Kulturen
- Kindergärten
- Mehrgenerationshaus
- Mukule

Eine ausführliche Auflistung diese Aktivitäten findet sich in der [Anlage G](#).

DIESE ANLAGE KANN ERST ZUSAMMENGESTELLT WERDEN, WENN ALLE INFORMATIONEN ZU DEN AKTIVITÄTEN VORLIEGEN.

7.2 Welcher Handlungsbedarf wird gesehen?

Der zweite Hauptteil der Befragung der etwa 50 Akteure in Germering zielte auf die Erhebung von Ideen und Beobachtungen, was auf der städtischen Ebene und in den Einrichtungen und Institutionen notwendig ist, um die Integrationsprozesse voranzutreiben. Es wurden die Antworten in zwei Schwerpunkte geordnet.

Zum einen soll aufgezeigt werden, welchen Bedarf die Stadt und deren Institutionen haben, zum anderen an welchen Stellen die städtische Politik bzw. die Stadtverwaltung selber die Institutionen unterstützen kann.

Bei der Frage „Welche Schritte halten Sie für besonders wichtig?“ wurde der Fokus darauf gelegt, was in Germering aus eigener Kraft in Rahmen der Zuständigkeiten einer kreisangehörigen Stadt umgesetzt werden kann. Es

wurde Wert darauf gelegt, dass durchaus notwendige Integrationsaspekte, die in die Zuständigkeitsbereiche des Bundes, des Freistaats, des Bezirks oder des Landkreises fallen, gesondert aufgelistet wurden.

In der folgenden Übersicht werden die Notwendigkeiten entsprechend der Häufigkeit der Benennung durch die Akteure und im Sinne einer aufeinander aufbauenden Logik aufgeführt.

a. Bessere Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zu Integrationsfragen

Diese Forderung rangierte mit Abstand am höchsten. Für eine dichte wie interdisziplinäre Vernetzung aller Akteure sprachen sich 25 % der Befragten aus.

b. Fachstelle für Interkulturelle Arbeit und Integration

Die große Mehrheit der Befragten erachtet die Einrichtung einer Fachstelle für Integration bei der Stadt als besonders notwendig. Dafür wurden mehrere Gründe angeführt. Zum einen soll diese Stelle beratende Tätigkeiten übernehmen und ein fachkundiger Ansprechpartner für den spezifischen Bedarf sein. Darunter soll erstrangig nicht „Krisenintervention“ verstanden werden, vielmehr eine zentrale, steuernde Stelle. Zu den Aufgaben der Stelle sollte das Anbieten von Fortbildungen, Fachveranstaltungen im Bereich des interkulturellen Miteinanders, die Koordination von Prozessen, die der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Institutionen dienen, gehören. Letztere stellen einen wichtigen Aspekt des Qualitätsmanagements von Institutionen dar, wie es städtische Projekte beispielsweise aus Stuttgart und München zeigen. Eine Fachstelle für Integrationsfragen sollte in diesbezüglichen Prozessen Unterstützung für die jeweiligen Einrichtungen bieten.

Zu den Zuständigkeiten der Fachstelle sollte die Förderung einer dichten und vielseitigen Vernetzung der Einrichtungen und Fachpersonen gehören, wie oben genannt.

In der Fachstelle sollten Personen mit Migrationshintergrund tätig sein.

c. Aktive Integrationspolitik der Stadt

Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer solchen Fachstelle - aber nicht nur dazu - wurde eine aktivere Integrationspolitik der Stadt angemahnt. Dazu wurden Effektivität, Transparenz und Nachhaltigkeit der interkulturellen Arbeit gezählt. Wo soll diese Stelle ihren Platz finden? Welchen Stellenwert hat die Integrationsarbeit? Wem soll die obere beschriebene Stelle untergeordnet sein? Wie viele Personen sollen dort die Arbeit leisten? Welche Fachkompetenzen sollen in der Stelle präsent sein und was alles soll in die Zuständigkeit und Verantwortung der Stelle fallen? Wer überprüft wie deren Arbeit?

Alles dies wären Fragen, zu denen die Stadt sich positionieren sollte.

d. Ausländerbeirat

Für die Partizipation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an dem Stadtleben wurde das erneute Zusammenberufen eines Ausländerbeirates mehrfach für notwendig erklärt. Die Befugnisse und Zuständigkeiten müssten im Vorfeld geklärt werden, so ob dieses Gremium ein Mitbestimmungsrecht erhalten kann oder nur eine beratenden Funktion erfüllen soll.

e. Beratungsservice für die Bevölkerung

Vor allem für die Beratung für Familien, für Frauen, für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wird eine Verbesserung der psychosozialen und juristischen Beratung angemahnt.

f. Förderung von Kindern und Jugendlichen

Hier mahnten die meisten Befragten eine möglichst frühe Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund und die Kontinuität in der sprachlichen Förderung an. Diese Forderung betrifft neben der Sprachförderung, die Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsangebote.

Ein Teil der Befragten plädiert in diesem Zusammenhang für die Schaffung von weiteren Ganztagschulen oder zumindest mehr Ganztagsbetreuung von Übergangsklassen.

Schulsozialarbeit wird hier eine besondere Bedeutung zugemessen, die einen stärkeren personellen Ausbau erfahren und schon im Grundschulbereich installiert werden sollte.

Mehrere Befragte verweisen auf den Ausbau von Patenschaften, sowohl für die Kinder als auch für Elternteile der Familien mit Migrationshintergrund.

Für die Förderung der Jugendlichen wird unter anderem eine bessere Kooperation zwischen der Stadt Germering und den ortsansässigen Betrieben mit dem Ziel angeregt, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Durch Bildungshilfe und Unterstützung bei der Ausbildung sollte erreicht werden, dass die Abbrecherquote unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesenkt wird.

g. Hilfe für Frauen und Mütter

Ein weiteres häufig genanntes Handlungsfeld war die Förderung von Frauen und Müttern. Die meisten Befragten hoben hervor, dass gerade deren Sprachförderung ein Angelpunkt zur Integration sei. Die in Germering erprobte Koppelung von Sprachförderung für Kinder und Mütter wurde von vielen Befragten als ausbaubedürftig eingeschätzt.

Weiterhin wurde es für nötig erachtet, Frauen Räume und Treffpunkte anzubieten, wo sie sich treffen könnten. Hier wurden auch gesonderte Zeiten im Schwimmbad erwähnt.

In der Integrationsförderung von Frauen und Müttern wurde ein besonders nützliches Vorgehen zur Integrationsförderung von Kindern und Jugendlichen gesehen.

h. Forderung und Förderung der Integrationsarbeit von Vereinen

Die guten Angebote und Initiativen der Vereine zur integrativen Arbeit bedürfen nach Meinung vieler Befragter einer stärkeren Förderung durch die Stadt Germering. Dafür spricht auch die wirtschaftliche Argumentation, dass viele Vereine ergänzend zu den städtischen Stellen eine wichtige, sonst kaum zu bewältigende Arbeit leisten.

Im Bereich der Jugendarbeit wird beispielsweise empfohlen, den Jugendlichen mehr Freizeitmöglichkeiten durch die Aktivitäten der Vereine anzubieten. Dies schaffe die Grundlagen, sie später auch eher an die aktive Vereinsarbeit heranführen zu können.

i. Foren zum Austausch und Kontakt

Eine mehrfach angesprochene Thematik ist, Räume und Foren zu schaffen für Austausch, Kennenlernen, gemeinsame Aktivitäten und Diskussion. Angeregt wurden Veranstaltungen, zu denen die Stadt einlädt. Auch Veranstaltungen privater und frei gemeinnütziger Träger, die durch die Stadt bekannt gemacht werden, wurden angeregt. Genannt wurden Kulturveranstaltungen und Diskussionsrunden.

j. Neubürger in Germering

Eine Verbesserung aller Aktivitäten zur Begrüßung und Aufnahme von Neubürgern in Germering wurde vielfach angeregt, um möglichst frühzeitig eventuelle Hemmschwellen zu senken. Die Mehrzahl der Anregungen empfehlen persönliche Patenschaften zur Unterstützung bei der ersten Orientierung durch alteingesessene Bürger und Bürgerinnen. Die Wichtigkeit, das Bild über Germering als soziale Stadt auch an diesem Punkt zu stärken ist durch die Antworten deutlich geworden.

k. Städtische Politik

Die Akteure wurden auch dahingehend befragt, was ihre Institution zur Verbesserung des Integrationsprozesses beitragen kann und was von der städtischen Politik erwünscht wird. Die Antworten auf die erste Frage haben wir bereits in dem Kapitel 7.1 „Was gibt es schon in Germering?“ zusammengefasst, da diese Punkte zu den vorhandenen Ressourcen gehören.

Die Antworten auf die Frage, welche Unterstützung die städtische Politik gewährleisten soll, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen.

1. Die Stadt Germering soll ein Leitbild im Bezug auf den Umgang mit dem Thema Integration erstellen, welches das Selbstverständnis der Stadt als Lebensraum für Menschen in der Vielfalt wiedergibt. Nach den befragten Personen gehört dazu eine aktive Anerkennung der Vielfalt, ein demokratisches Miteinander, wie - wörtlich zitiert - „das Ernstnehmen der Fähigkeiten und Ressourcen.“
2. Der Stadt Germering wird eine öffentliche Diskussion zum Thema „Integration“ empfohlen, um eine Auseinandersetzung zu führen über die verschiedenen öffentlichen Facetten von Integration. Es wird dazu eine

größtmögliche Transparenz empfohlen, da, wie eine der befragten Akteure sehr treffend formuliert, das Projekt Integration nur gemeinsam gestaltet werden kann.

3. Die Stadt Germering soll integrationsfördernde Rahmenbedingungen schaffen und in einer „glaubwürdigen Umsetzung für Nachhaltigkeit sorgen“.

Wie bei einer solchen Befragung nicht anders zu erwarten, werden an die Stadt auch Forderungen gestellt, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um einzelne der genannten Projekte zu konkretisieren, weiter zu entwickeln und zu stabilisieren.

Personalfragen werden im Zusammenhang mit Ressourcenaufstockung am häufigsten benannt. Denn viele der besonders gelobten Institutionen werden als unterbesetzt beschrieben.

Zur Personalausstattung werden aber auch qualitative Notwendigkeiten geäußert. Nur eine Erhöhung von Fachpersonal mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen kann nachhaltig eine interkulturelle Öffnung von Servicediensten garantieren. Qualifizierungsmaßnahmen der vorhandenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen könnten schon bald das Serviceniveau erhöhen.

Eine zu mehreren Fragen erwähnte Anregung betrifft die Industrie- und Gewerbepolitik. Hier wird die Stadt aufgefordert, sich an vergleichbaren Gemeinden zu orientieren und Germering zum lukrativen Standort zu entwickeln. Eine solche Entwicklung hätte auch mit der Integrationspolitik eine wechselseitige positive Wirkung.

I. Das internationale Fest – Begegnung der Kulturen

Als besondere Attraktivität zur Integration wird einstimmig das internationale Fest – Begegnung der Kulturen als eines der gut besuchten, erfolgreichen Highlights des Jahres erwähnt. Hier wird hervorgehoben, dass die Mischung aus Kultur, Gastronomie und Information die besondere Attraktivität ausmacht. Manche Bürger und Bürgerinnen regen sogar einen Ausbau des Festes an oder empfehlen kleine Teile davon häufiger zu veranstalten.

8. Empfehlungen von ISTOB für Germering

Im Folgenden werden Anregungen zusammengestellt, wie die Stadt Germering auf der Basis bereits gut eingeführter Modelle und der Vorschläge von Praktikern und Praktikerinnen die Rahmenbedingungen für gute Bestandserhebung und Vernetzung verbessern kann.

Manchem Leser mögen diese zu wenige konkret vorkommen. Wie aus dem folgenden zu entnehmen ist, geht es hier aber weniger um konkrete Umsetzungen sondern in erste Linie um Förderung von Netzwerken, von Transparenz der Abläufe und Unterstützung engagierter Personen.

Die Reihenfolge nimmt Bezug auf die von den Befragten formulierten Notwendigkeiten und folgt der Gewichtung wie in Kapitel 7.2.

Es wird politischen Entscheidungsträgern vorbehalten sein, hier eine neue Gewichtung vorzunehmen, Präferenzen zu setzen und Zeitpläne aufzustellen.

8.1 Koordination und Organisation

Alle Kommunen, die sich für eine nachhaltige Integrationspolitik entscheiden, benötigen eine Fachstelle, die diese Querschnittsaufgabe koordiniert. Hier handelt es sich um eine der wenigen Einrichtungen, die die Stadt selber schaffen kann. Zu deren Aufgaben gehören Beratung von Politik und Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung der Akteure im Feld, Planung und Durchführung von Arbeitstreffen, Veranstaltung von Austauschforen, Kontaktpflege mit anderen Kommunen und staatlichen Ebenen (Landkreis, Bezirk, Bundesamt etc.) Planung und Organisation von Fortbildungen und Sammlung der relevanten Informationsmaterialien, Adressenlisten und Literatur etc..

Die Einrichtung einer solchen koordinierenden Fachstelle erscheint als die dringlichste Aufgabe, der sich die Stadt Germering zu stellen hat.

Aufgabe einer solchen Fachstelle wäre:

- a. den Entscheidungsträgern der Stadt relevante Informationen aus der Integrationspolitik des Bundes, des Freistaats und des Bundesamtes zuzutragen und regelmäßig Bericht zu erstatten.
- b. den Entscheidungsträgern der Stadt die Fortschreibung der mit dem Integrationsplan begonnenen Bestandserhebung zu den Aktivitäten in Germering regelmäßig vorzulegen.
- c. den Entscheidungsträgern regelmäßige Vorschläge zu sinnvollen Aktivitäten der Stadt zu machen, die die Integration weiter fördern.
- d. die Verbindung zwischen den Entscheidungsträgern der Stadt und der relevanten Steuerungsgruppe/Arbeitskreis sicherzustellen.
- e. Anregungen und Fragestellungen der Entscheidungsträger in die Steuerungsgruppe/Arbeitskreis hineinzutragen, zur Diskussion anzuregen und Vorschläge zu machen.
- f. regelmäßige Hearings der Stadt zu veranstalten und zu moderieren, in denen sich interessierte Bürger und Bürgerinnen (mit und ohne Migrationshintergrund) zur integrationsrelevanten Themen artikulieren und austauschen können.
- g. runde Tische und andere Treffen zwischen unterschiedlichen Professionellen zu veranstalten, die in ihrer eigenen Planung aufeinander angewiesen sind.
- h. Projekte anzuregen, die die Kooperation der verschiedenen Akteure in Germering fördern.

Die wichtigste Voraussetzung wäre, dass die Personen, die mit dieser Aufgabe betraut werden, über ein hohes Maß an kommunikativen und integrie-

renden persönlichen Kompetenzen verfügen. Nur wenn auf der Kontaktebene gute Verbindungen geschaffen werden, werden die beschriebenen Aufgaben zu erledigen sein.

Es ist eine politisch zu entscheidende Frage, wie diese Stelle ausgestattet sein soll und wie sie organisatorisch eingebunden wird.

Eine Einzelperson erhöht die persönliche Kontinuität und Präsenz. Teilzeitstellen ermöglichen ein breiteres Profil, erhöhen aber auch den Absprachenaufwand. Für eine Stadt in der Größe von Germering wäre für den Aufbau einer solchen Einrichtung eine Personalstelle von mindestens 20 Stunden angemessen. Dies wäre das Minimum, um die anstehenden Aufbauleistungen bewältigen zu können. Gerade am Anfang einer gezielteren Integrationspolitik bewährt es sich, sorgfältig darauf zu achten, gute Grundlagen zu schaffen, auf denen dann später Ressourcen sparend aufgebaut werden kann.

Nicht bewährt hat sich die gleichzeitige Übertragung von Verpflichtungen für andere Aufgaben, da dies das Profil einer Koordination der Integrationspolitik wieder verwischt.

Bei einer Besetzung mit zwei Teilzeitstellen könnten Personen sowohl mit Migrationshintergrund als auch aus der einheimischen Bevölkerung glaubhaft deutlich machen, dass Integration eine Aufgabe beider Seiten ist.

Der kommunikativen wie der fachlichen Kompetenz ist aber sicher Vorrang einzuräumen, da Mängel in diesen Feldern der Idee guter Integration abträglich sind.

Unterschiedliche Modelle der institutionellen Einbindung haben sich in verschiedenen Städten bewährt.

Je näher eine solche Stelle dem Büro des Oberbürgermeisters zugeordnet ist, umso besser ist gewährleistet, dass eine enge Verzahnung mit der politischen und der Verwaltungsebene erfolgt. Kurze Wege und eine Einbindung in die Logiken und Abläufe der städtischen Politik und Verwaltung erleichtern diese Verzahnung. Daher wählen die meisten Kommunen das Modell einer Stabstelle.

Andere Kommunen ordnen diese Stelle der Sozialverwaltung zu. Hier fallen die meisten Aufgaben an. Wählt man dieses Modell, ist aber Sorge dafür zu tragen, dass der Kontakt zu den anderen Bereichen der Politik und Verwaltung nicht vernachlässigt wird.

Wenige Kommunen übertragen subsidiär diese Aufgabe gemeinnützigen Trägern. Dies erhöht einerseits die Unabhängigkeit gegenüber städtischen Politik- und Verwaltungsstrukturen. Es erschwert aber auch die Verzahnung mit diesen Ebenen.

8.2 Beratung

Die Migrantenbevölkerung benötigt eine fachliche Sozialberatung.

Dazu hat sich ein mehrdimensionales Vorgehen bewährt.

- a. Es bedarf einer „Öffnung“ der bestehenden Servicedienste für die Bedürfnisse der Migranten und Migrantinnen. Durch angemessene Qualitätsmanagementmaßnahmen sollte sichergestellt werden, dass Migranten und Migrantinnen von diesen Diensten wissen, und dass sie (trotz kultureller Fremdheit und sprachlicher Barrieren) einen vergleichbaren Service erhalten, wie die Durchschnittsbevölkerung. Dies gilt für Erziehungsberatung, Suchtberatung, Altenhilfe, Behindertenhilfe.
- b. Hierzu wären leicht zu leistende Controllinganforderungen einzuführen. Ein regelmäßiger Abgleich des Anteils der Klienten mit Migrationshintergrund mit dem Melderegister ermöglicht rasche Auskunft darüber, ob Und Migranten und Migrantinnen mehr oder weniger in diesen Einrichtungen versorgt werden.
- c. Spezialberatung durch interkulturelle Fachberatung, die gezielt die Aufgabe hat und Migranten und Migrantinnen in ihren ganz speziellen Anliegen zu helfen mit der ausdrücklichen Aufgabe, ihre Selbsthilfekompetenzen zu fördern. Diese Beratung wird in den meisten deutschen Städten subsidiär von gemeinnützigen Trägern erledigt und mit den gesetzlichen Beratungsanforderungen (z.B. Migrationserstberatung, Jugendmigrationsdienst,) kombiniert.
- d. Germering verfügt diesbezüglich über einen guten Service. Die Germeringer Insel ist ein besonders vorbildliches Beispiel. Diese Dienstleistungen werden aber aus ganz unterschiedlichen Etats finanziert. Neben den Landes-, Bundes und Kreismitteln stellt die Stadt Germering beträchtliche eigene Mittel zur Verfügung. Durch diese breit gestreute Finanzierung sind die Akteure nicht gezwungen, sich miteinander abzustimmen. Auf einer persönlichen Ebene gelingt dies in Germering durchaus. Wie in vielen anderen Kommunen auch, kann die Kooperation dieser Angebote aber verbessert werden. Hier wäre die Stadt, vertreten durch die unter Kapitel 8.1 genannte Fachstelle gefordert.
- e. Der Migrationserstberatung kommt hier die wichtige Aufgabe zu, gezielt auf die bestehenden Angebote hinzuweisen. Dies gelingt erfahrungsgemäß am ehesten, wenn die Angebote in einer Übersicht schriftlich zusammengestellt sind und wenn ein möglichst persönlicher Kontakt gepflegt wird.
- f. Die Stadt Germering könnte sich vorbehalten, das Aufgabengebiet möglichst eindeutig zu beschreiben und darauf zu achten, dass für die Bevölkerung transparent wird, wer was für wen macht. Dazu bewähren sich Informationsmaterialien in den wichtigsten Sprachen der Migranten und Migrantinnen. Mit der am meisten verbreiteten Sprache Türkisch und eventuell zwei weiteren können in den meisten Kommunen die Hälfte aller Betroffenen erreicht werden. Für Germering wären Serbisch/Kroatisch/Bosnisch, Albanisch oder Arabisch zusätzlich denkbar.

8.3 Austausch und Kommunikation

In Germering gibt es bereits jetzt ein breites Angebot sowohl von Servicediensten als auch von privaten und gemeinnützigen Initiativen im Integrationsbereich. Wie andernorts auch fällt aber auf, dass die einzelnen Akteure wenig voneinander wissen.

Sowohl alle Befragten als auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Hearings am 18.07.08 haben darauf hingewiesen, dass mehr Austausch zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sowie zwischen den einzelnen Anbietern sozialer Dienstleistungen und interessierten Bürgern notwendig ist.

Das Internationale Fest „Begegnung der Kulturen“ wurde in diesem Zusammenhang als besonderes Highlight in Germering gelobt.

Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, mehr Austauschforen anzubieten.

- a. Bewährt haben sich hierzu regelmäßige *öffentlich ausgeschriebene Veranstaltungen für die interessierte Allgemeinbevölkerung* – sowohl die mit Migrationshintergrund als auch die aus der Mehrheitsbevölkerung.

Hier kommen in Frage:

- I. Diskussionsforen mit und ohne Vorträge zu aktuellen integrationspolitischen Themen: hier bieten sich Fragen zu aktuellen politischen Diskursen an (z. B. Ausländerrecht, die mögliche Aufnahme der Türkei in die EU, das deutsch-russische Verhältnis,) oder die Vorstellung attraktiver Initiativen und Projekte.
- II. Kulturveranstaltungen (Musik, Theater, Kino etc.), die interkulturelle und internationale Themen aufgreifen. Veranstaltungsreihen, die sich einem Kulturraum widmen (türkische oder russische Wochen etc.)
- III. Empfänge der Stadt zu markanten Ereignissen oder Feiertagen, zu denen sich Vertreter der Migranten und Migrantinnen mit anderen Bürgern treffen können. Einige deutsche Städte verleihen auch in diesem Zusammenhang Integrationspreise an Bürger und Bürgerinnen, die sich in besonderer Weise um die Integration vor Ort verdient gemacht haben (15).

Hier ist generell zu beachten, dass die Veranstaltungen nicht häufig, aber regelmäßig stattfinden sollten. Dies erleichtert es, sie weiter zu empfehlen und sich dort zu verabreden.

Derartige Veranstaltungen erhöhen die Aufmerksamkeit für Integrationsthemen und stellen auch die Vorteile von kultureller Vielfalt und Internationalität vor. Sie können dadurch dazu beitragen, Vorurteile zu vermindern.

Gerade für einen guten Austausch der Bürger und Bürgerinnen und für Kulturveranstaltungen verfügt Germering mit seiner Stadthalle über Voraussetzungen, die in anderen vergleichbaren Kommunen bei Weitem nicht gegeben sind.

- b. Ebenso bewähren sich *Fachforen*, zu denen die Stadt Fachleute einlädt. Diese können einmalig oder auch regelmäßig stattfinden.

Viele Kommunen machen gute Erfahrungen damit:

- I. die Schulen und die Wirtschaft zusammenzubringen, um die Vermittlung von Jugendlichen in Lehrstellen zu verbessern,
- II. die Verantwortlichen für die Integrationskurse und die Kindergärten zusammenzubringen, um Modelle auszubauen, wie Kinderbetreuung zu gewährleisten ist, damit Mütter gut an diesen Kursen teilnehmen können,
- III. die Polizei und die Jugendhilfe und Jugendarbeit zusammenzubringen, um Modelle zu erarbeiten, wie Jugendlichen sowohl Angebote zur schulischen und beruflichen Entwicklung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung gemacht und wie auch Grenzen gesetzt werden können, so dass Delinquenz unter Kontrolle bleibt.
- IV. die Schulen mit Anbietern von Sprachförderprogrammen zusammenzubringen, um die Kompetenzen beider zur Verbesserung von Sprachkompetenzen bündeln zu können.
- V. die Schulen mit den Vereinen zusammenzubringen, um ergänzende und aufeinander aufbauende Nachmittagsförderungen und Partnerschaftsmodelle weiterzuentwickeln. Die Erfahrungen anderer Kommunen zeigt, dass derartige Kooperationen auch der Mehrheitsbevölkerung zugute kommt.

8.4 Monitoring und Bestandserhebung

Ohne ein angemessenes Monitoring kann die Stadt Germering nur eine eingeschränkte Integrationspolitik betreiben. Bei der Erstellung dieses Plans wurde – wie in den meisten deutschen Städten – deutlich, dass Germering nur bedingt in der Lage ist, sich selber Rechenschaft über seine eigenen Dienstleistungen und die von ihm in Auftrag gegebenen Dienstleistungen für Migranten und Migrantinnen zu geben.

Notwendige Schritte zur Verbesserung können sein:

- a. genauere Erfassung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Hier reicht es nicht, die Wohnbevölkerung nur nach Staatsangehörigkeit zu erfassen. Auch eine frühere Staatsangehörigkeit oder der Geburtsort können Auskunft geben. Nach deutschem Recht stößt das auch an Grenzen, sodass man lernen muss, auch mit Schätzungen und Annäherungswerten zu arbeiten. Verbände der Migranten und Migrantinnen haben in anderen Kommunen gute Hilfe geleistet. Denn solange keine Zahlen über die Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund vorliegen, können keine Aussagen zur Versorgungssituation gemacht werden.
- b. Da, wie oben beschrieben, die Mehrheit der Migranten und Migrantinnen sozial schlechter gestellt ist, als die Durchschnittsbevölkerung, bedarf es auch der Erfassung der Sozialparameter der Migrationsbevölkerung. Wie hoch ist bei ihnen die Arbeitslosigkeit, die Kinderzahl, der Anteil der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt, wie ist die Einkommensschichtung, die Altersverteilung, wie sind die Bildungsabschlüsse?
- c. Diese Daten (nach 8.4.b) sind mit dem Nutzungsverhalten in den unterschiedlichen Institutionen abzugleichen, um Aussagen zu einer Bedarfs-

und Förderplanung machen zu können; dies sowohl für die Migrant*innenbevölkerung als Ganzes, aber auch bezogen auf einzelne ethnische Gruppen, sowie auf Alters- und Geschlechtsgruppen.

- d. Alle diese Zahlen sind in regelmäßigen Zeiten mit einander und untereinander zu vergleichen, um Aussagen über Veränderungen des Nutzungsverhaltens machen zu können.
- e. Weiterhin wären alle diese Zahlen bestmöglich auch mit den Entwicklungen in anderen Kommunen in ähnlicher Lage zu vergleichen, um Aussagen machen zu können, wie Germering sich in einem weiteren Umfeld platziert.

Ebenso bedarf es einer Sicherung der Qualitätsstandards und Evaluation der Serviceleistungen. Jede Verbesserung in diesem Bereich dient nicht nur der Integrationspolitik, sondern erleichtert auch die Steuerung und das Controlling in anderen Bereichen der Sozialpolitik.

8.5 Interessenvertretung

Ein demokratisches Gemeinwesen bedarf der Repräsentanz der Interessen der Migrant*innen und Migrant*innen und eines Forums für entsprechende Lobbyarbeit. Zwei Modelle dominieren in Deutschland.

- a. Das häufigere Modell sind Ausländerbeiräte, in die die Wohnbevölkerung mit ausländischem Pass ihre Repräsentanten wählt. Hier handelt es sich um ein Wahlgremium, das in den meisten deutschen Kommunen wegen der geringen Wahlbeteiligung (meist unter 20 %) ein eher schwaches Mandat hat. Ein weiterer Nachteil ist, dass Migrant*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit hier nicht repräsentiert sind. Das gilt vor allem für die große Gruppe der Russlanddeutschen. Auch werden diese Beiräte nicht primär nach Fachlichkeit besetzt.
- b. Andere Städte haben daher Ausschüsse für Integrationsfragen und internationale Kontakte mit gewählten und berufenen Mitgliedern eingesetzt. Die berufenen Mitglieder werden vom Stadtrat nach Fachlichkeitskriterien eingesetzt und müssen sich ebenso, wie die gewählten Mitglieder in Abständen einer Neuberufung, hier durch den Stadtrat, stellen. Die Kommunen wählen für diese Gremien regional unterschiedliche Begriffe wie: *Migrationsrat, Internationaler Ausschuss, Ausschuss für Integration* etc. Diese Gremien haben in erster Linie eine beratende Funktion für Politik und Verwaltung.

Es ist eine politische Entscheidung, für welches dieser Modelle sich die Stadt Germering entscheidet; denkbar wären auch Mischmodelle. Der Arbeitskreis Integration oder die im Rahmen der Erstellung des Integrationsplans gebildete Steuerungsgruppe wären ebenfalls als Kern einer solchen Interessenvertretung denkbar.

Um diesen Gremien eine ausreichende Glaubwürdigkeit nach Innen und Außen zu verleihen, ist eine Grundvoraussetzung, dass seine Repräsentanten, ebenso wie die oben genannte Fachstelle (Kapitel 8.1), zu allen im Stadtrat zu entscheidenden Fragen, die die Bürger*innen mit Migrationshintergrund betreffen, gehört werden.

Wenn dafür auf der politischen Ebene wenig Interesse besteht, verlieren derartige Gremien, die ja aus rechtlichen Gründen keine Entscheidungskompetenzen haben können, schnell an Glaubwürdigkeit.

8.6 Personalentwicklung

Die interkulturelle Öffnung beinhaltet auf der Ebene der Personalentwicklung zwei Hauptaspekte.

a. Zum Einen betrifft es die Einstellungspolitik.

Es hat sich bewährt, beim Einstellungsverfahren aller von der Stadt zu vergebenen Positionen neben der erforderlichen fachlichen und persönlichen Qualifikation Sprachkompetenzen und einen Migrationshintergrund zu berücksichtigen und als wichtige Ressource zu sehen – in dem Maße, bis der Anteil von Migranten und Migrantinnen unter den Beschäftigten einen ähnlichen Prozentsatz erfüllt, wie unter der Wohnbevölkerung. Die von der EU geförderten Programme des *Diversity-Managements* (9) unterstützen diese Entwicklungen. Erfahrungsgemäß steigt dadurch nicht nur die Zahl der von dem jeweiligen Servicedienst erreichten Personen. Es wird durch eine Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund auch die interne Diskussion zu neuen Handlungsmöglichkeiten der Einrichtungen erweitert und dadurch die Qualität der Dienstleistung gesteigert.

Dies betrifft die Stadt als Arbeitgeber selber. Derartige Forderungen können aber auch Einfluss auf die städtische Förderpolitik erhalten.

b. zum anderen beinhaltet interkulturelle Personalentwicklung Fortbildungsmöglichkeiten und andere Maßnahmen, um wichtige soziale und interkulturelle Kompetenzen bei den bisherigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiter zu entwickeln und in die jeweiligen Arbeitsfelder zu transferieren.

Dies betrifft nicht nur die bei der Stadt direkt Beschäftigten, sondern alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sozialer Dienstleister und dort ehrenamtlich Tätige. Es hat sich bewährt, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unterschiedlicher Dienstleister gleichzeitig weiterzubilden, da dadurch der dringend notwendige Austausch (Kapitel 8.3) weiter gefördert wird.

Eine Fachstelle (Kapitel 8.1) kann den Qualifizierungsbedarf sowohl bei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen selber wie bei Vorgesetzten und Kunden erheben und sich dafür einsetzen, dass die notwendigen Module in Qualifizierungsmaßnahmen, die regelmäßig absolviert werden müssen, eingebaut werden.

8.7 Qualitätsmanagement

Mittlerweile gehört in vielen Bereichen der Qualitätsentwicklung sozialer und wirtschaftlicher Dienstleister die Berücksichtigung interkultureller Aspekte zum Standard.

Diversity Management (9) ist für im Ausland tätige Firmen eine unverzichtbare Voraussetzung, um mit einer immer internationaler werdenden Kundschaft und Mitarbeiterschaft gute Kooperationen pflegen zu können. Gleiches gilt für NGOs (Nichtregierungsorganisationen) wie *Misereor, Brot für die Welt*,

Technisches Hilfswerk etc., oder für Einrichtungen unseres eigenen Landes wie: Hochschulen, Deutsche Bundeswehr, kirchliche Dienste, etc.. Denn jeder von uns wird es unabhängig von unseren persönlichen Vorlieben immer mehr in seinen privaten und beruflichen Zusammenhängen mit Menschen eines anderen kulturellen Hintergrundes zu tun bekommen.

Auch öffentliche Dienstleister, wie Kommunen, stehen vor dieser Aufgabe, denn die Wohnbevölkerung wird in Wert- und Handlungsfragen immer unterschiedlicher. Um allen Bürgern einen Service möglichst gleichen Niveaus anbieten zu können, wird die Stadt Germering nicht umhin kommen, für sich selbst Standards festzulegen und diese regelmäßig zu überprüfen.

Dazu wird es notwendig sein, Qualitätsstandards dahingehend festzuschreiben, dass alle Bürger unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund, ihrem sozialen Status, ihrem Geschlecht, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, einer eventuellen Behinderung den gleichen Service öffentlicher Dienstleistungen erhalten.

Hierzu sind fachliche Kriterien festzulegen und ein Prozedere zu entscheiden, wie in den jeweiligen Bereichen diese Standards überprüft werden können.

Die dazu zentrale Frage lautet: *Bekommen alle Bürger den Service, von dem die Stadt fordert, dass sie ihn bekommen sollen?*

Viele Kommunen können dieses Qualitätsmanagement mit eigenen Mitteln gut implementieren. Andere benötigen dazu eine organisationsberaterische Begleitung.

8.8 Vernetzung mit anderen Kommunen und Verwaltungsebenen

Germering hat die besondere Situation, eine Kommune im Rand- und Metropolbereich einer Millionenstadt zu sein.

Sie teilt diese Situation mit ihren unmittelbaren Nachbargemeinden und anderen Gemeinden im Norden und Osten von München, aber auch mit Städten im Randbereich anderer Metropolregionen wie Nürnberg, Stuttgart, Berlin, Hamburg, Köln, und Frankfurt a.M..

Die Nähe und die sehr guten Verkehrsverbindungen zu München haben, wie in vergleichbaren Kommungen, seit Jahrzehnten zu einer Entwicklung geführt, dass viele Lebensbereiche zum Teil dorthin ausgelagert sind. Die Mehrheit der Einwohner Germerings arbeitet nicht im Stadtgebiet; eine Reihe von gesundheitlichen und Bildungseinrichtungen für die Bürger Germerings liegen in München und werden in ihren Strukturen dort entschieden.

Zum anderen ist Germering eine kreisangehörige Stadt. Dadurch werden eine Reihe von Themen, die für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund relevant sind, auf Ebene des zuständigen Landkreises Fürstentum Bruck entschieden. Dies betrifft vor allem die Aktivitäten des Ausländeramtes und des Jugendamtes.

Diese Umstände machen eine Kooperation notwendig, die über einen rein auf „freiwilliges Interesse“ aufgebauten Erfahrungsaustausch hinausgeht.

Um auf der Ebene der Metropolregion – vor allem in München - aber auch um auf Ebene des zuständigen Landkreises Fürstentum Bruck Gehör zu fin-

den, wird eine engere Kooperation mit den Nachbargemeinden notwendig sein.

Dies betrifft in erster Linie die Förderung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Um benachteiligten Jugendlichen einen besseren Einstieg in das Erwerbsleben zu ermöglichen ist eine gemeinsam abgestimmte Politik erforderlich, die eine einzelne Stadt in dieser speziellen Lage, wie Germering, nicht alleine leisten kann.

Die Vertreter für Germering im Bundestag, im Landtag, im Bezirkstag und im Kreistag wären in eine solche übergeordnete Planung einzubeziehen. Von ihnen sind aber auch wichtige Impulse zu gewinnen, da sie näher an den Planungen dieser Gremien sind.

8.9 Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Wie oben beschrieben ist das vorrangige Ziel guter Integration die Erhöhung der Aufmerksamkeit und des Controllings zu Integrationsthemen. Daher kommt der Öffentlichkeits- und der Medienarbeit eine besondere Bedeutung zu. Bewährte Schritte dazu sind:

a. Regelmäßige Berichte über Integrationsprojekte

Es ist Sorge dafür zu tragen, dass vorbildlichen Projekte, von denen es, wie in den Kapitel 7.1 dargestellt, in Germering viele gibt, stärker der Öffentlichkeit vorgestellt werden. In den Lokalteilen der wichtigsten täglich erscheinenden Zeitungen, wie der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Münchner Merkur* wird Germering, seine Politik und wichtige Ereignisse im Stadtgebiet gut und ausführlich beschrieben.

Aufgabe einer Fachstelle (Kapitel 8.1) wird es sein, mit den verantwortlichen Redakteuren einen engen Kontakt zu pflegen, so dass auch integrationsrelevante Themen dort einen größeren Raum finden.

Gleiches gilt für die Publikationsorgane der Migrantenpopulationen. Sollte eine Zeitung wie das auflagenstärkste Organ für die türkischsprachige Bevölkerung, die *Hürriyet*, über Germering lobend schreiben, hat das einen besonders kooperationsfördernden Effekt. Aber auch kleinere lokale Publikationsorgane sind gut geeignet, um Veranstaltungen bekannt zu machen.

b. Ein weiteres nützliches PR-Medium ist die Bewerbung für öffentlich ausgeschriebene Integrationspreise. Falls es Personen, Initiativen oder Vereinen gelingt, auf diese Weise eine öffentliche Aufmerksamkeit für Germering herzustellen, so führt das zwangsläufig zu einer stadtweiten Diskussion, die wiederum andere öffentliche Diskurse aktivieren kann (Kapitel 8.3).

8.10 Sprachförderung

Sprachkompetenz ist das zentrale Medium zur Integration. Nur wer die deutsche Sprache, die Verkehrssprache unseres Landes, in Wort und Schrift gut beherrscht, hat eine Chance für gute Integration und für Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben.

Bund und Land wenden daher erhebliche Mittel auf, um die Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen, von Alt- und Neuzuwanderern zu fördern. Aus einer Reihe von Fördertöpfen werden daher Sprachförderprogramme für unterschiedliche Gruppe finanziert. Wie in anderen Kommunen auch, werden diese Maßnahmen von unterschiedlichen Trägern angeboten. So mangelt es in Germering nicht an Angeboten.

Bei der Bestandserhebung wurde aber deutlich, dass diese wenig abgesprochen und koordiniert angeboten werden.

Notwendig erscheint daher ein städtisches Gesamtkonzept zur Sprachförderung. Da die Stadt selber nicht Anbieter dieser Sprachförderprogramme ist, kann sie nur eine Rolle als Moderator und Gestalter guter Rahmenbedingungen übernehmen.

Auf dem Markt sind eine Reihe von Programmen, die nur Sprachvermittlung betreiben oder die ein Komplexangebot mit anderen Sozialkompetenzen vermitteln: *KIKUS*, *Linguino*, *Mama lernt Deutsch* wären einige davon, ohne dass hier eine Bewertung vorgenommen werden kann.

Das Bundesamt (11) übernimmt für eine Reihe von ihnen die Finanzierung.

Eine Gute Qualifizierung der Mitarbeiter erhöht die Nachhaltigkeit dieser Programme.

Hier kann nur eine Übersicht der für eine Kommune zu bedenkenden Aspekte vorgestellt werden.

a. Vernetzung der Angebote.

Eine Reihe von Kommunen machen gute Erfahrungen damit, dass sie eine Übersicht der Angebote zusammenstellen und öffentlich machen.

Regelmäßige (jährliche) Treffen aller Anbieter sind eine gute Möglichkeit, sich abzustimmen und damit den einzelnen Anbietern die Möglichkeit zu bieten, das eigene Profil hervorzuheben.

b. Ausweitung der Angebote

Eine Abstimmung aller Anbieter von Sprachförderangeboten bietet auch die Möglichkeit, gemeinsam zu überlegen, in welchen Bereichen das Angebot gut und ausreichend ist, und in welchen Lücken bestehen, zu denen neue Angebote gemacht werden können.

1. *Gestaltung unterstützender Rahmenbedingungen*

Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass die Haltung der Mütter zu Bildung ein relevanter Parameter für den Bildungserfolg der Kinder ist. Daher muss es ein vorrangiges Ziel von Sprachförderung Erwachsener sein, Mütter aus bildungsfernen sozialen Schichten zu erreichen. Dies kann nur gelingen, wenn Müttern ein Komplexangebot gemacht wird, in dem sie neben der deutschen Sprache auch andere für sie attraktive Lernangebote erhalten.

Vielfach bewährt hat es sich daher, Sprachförderung eigens für Mütter in einem Rahmen anzubieten, der gleichzeitig Kinderbetreuung anbietet, oder der von Schulen ausgeht, wo die Kinder schon in ein Lernprogramm eingebunden sind, und der andere Sozialkompeten-

zen, wie gesunde Ernährung, Kinderpflege, gesundheitsbewusstes Kochen und wirtschaftliches Einkaufen gleichzeitig anbietet.

Solche Elternintegrationskurse könnten auch in Germering ausgeweitet werden.

Bei der Struktur des Bildungs- und Gesundheitswesens unseres Landes können solche Angebote nur als Kooperation mehrerer lokaler Akteure angeboten werden.

II. *Unterstützung der Anbieter von Sprachförderprogrammen zur Verbesserung der Raumnutzung.*

Auch hierzu bewähren sich Vernetzungen, sodass Einrichtungen sich gegenseitig unterstützen. Hier gilt es, Institutionen, die in Germering über Räume verfügen, die nur teilweise genutzt werden, gezielt anzusprechen.

III. *Patenschaftsprogramme zur Förderung der Sprachkompetenzen*

Viele Kommunen machen gute Erfahrungen mit Patenschaftsprogrammen. Hier übernehmen Ehrenamtliche eine gezielte sprachliche Unterstützung für Migranten und Migrantinnen, die die deutsche Sprache erlernen wollen. Solche Programme gibt es für Jugendliche, für kleine Kinder, für Mütter und für ganze Familien. Kern dieses Ansatzes ist es, dass gemeinnützige Vereine engagierte Bürger dafür gewinnen, Menschen der entsprechenden Gruppen mit der deutschen Sprache vertraut zu machen. Sie lesen gemeinsam mit ihnen, üben Sprachanforderungen in der Life-Situation wie beim Einkaufen oder im Umgang mit Behörden etc.. Senioren – auch in Germering – sind durchaus bereit, ihre Lebenserfahrungen auf diese Weise weiterzugeben, nicht nur zu sprachlichen Fragen.

Die Ehrenamtlichen benötigen dazu eine Einweisung und Unterstützung, die von einer koordinierenden Stelle zu leisten ist.

IV. *Sprachförderprogramm in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen*

Schulen und Kinderbetreuungstagestätten in Germering führen jetzt schon entsprechend der Vorgaben der Staatsregierung Sprachförderprogramme durch. Sie sind darauf angewiesen, dass dies in Kooperation mit anderen Anbietern erfolgt. Der Ausbau von Ganztagsprogrammen bietet dafür einen guten Rahmen.

Die Stadt kann selber solche Programme nicht anbieten. Sie kann aber in Foren und Treffen dafür werben, dass solche Angebote ausgeweitet werden und die dafür notwendigen Kooperationen erleichtert und unterstützt werden.

In Kinderbetreuungstagestätten in Germering sind Sprachförderprogramme schon weiter verbreitet. Im Rahmen ihrer Koordinations- und Förderpolitik kann die Stadt darauf hinwirken, dass dort in offenen Sprechstunden für die Eltern auf Angebote, die sich an Erwachsene wenden, gezielt hingewiesen wird.

V. *Kursangebote im Rahmen von Alphabetisierungsprogrammen*

Personen, die in ihrer Muttersprache nicht lesen und schreiben können, benötigen methodisch ein gezieltes Angebot, in dem bei der Vermittlung des Deutschen auf diese Einschränkung Rücksicht genommen wird.

VI. Förderung der Sprach- und Schriftkompetenz in der Muttersprache

Dieser besagte Personenkreis benötigt häufig gleichzeitig eine Vermittlung der Schreib- und Lesekompetenzen in der Hochsprache ihrer Muttersprache, was wiederum die Fähigkeit eine Fremdsprache (in diesem Fall die deutsche) zu erlernen erhöht.

8.11 Frauen- und Mütterförderung

Wie bereits genannt, gelingt die Förderung der nachwachsenden Generation am besten durch eine Förderung von Müttern und Frauen. Dies ist eine klassische Netzwerkarbeit, in die unterschiedliche Anbieter eingebunden werden müssen. Effektive Beratungsangebote gelingen am besten, wenn Serviceangebote kombiniert werden wie Kinderbetreuung, Sprachkurse, Kontaktmöglichkeiten, Gesundheitsförderung, Sport etc.. Denn in der Lebenswirklichkeit der Betroffenen werden diese Bereiche auch nicht getrennt.

Ein Teil von Migrantinnen und Migrantinnen stammt aus Gesellschaften und Kulturen, in denen eine weit ausgeprägtere Trennung der Lebenswelten der Geschlechter üblich ist. Daher hat es sich bewährt, Frauen erst einmal über frauentypische Angebote, die nur für sie gedacht sind, zu erreichen. Diese bieten am ehesten Gewähr dafür, dass Migrantinnen und Migrantinnen Zugang zur pluralistischen Gesellschaft mit ihrer Vielzahl von Angeboten und Werthaltungen finden. Wenn beispielsweise Frauen aus der Türkei einen guten Kontakt zu Frauen aus anderen Ländern und aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft finden, erhöht das die Chancen für weitere Kontakte über ihren eigenen Kulturraum hinaus.

Hier können nur die wichtigsten Aspekte beleuchtet werden:

a. Anlaufpunkte

Es hat sich gezeigt, dass es zentraler Anlaufpunkte bedarf, über die der Kontakt dann in andere Servicedienste vermittelt werden kann, wie in Krisen-, Ehe-, Erziehungs-, Ernährungsberatungsstellen oder Sprachkurse. International ausgerichtete Mütter- oder Familienzentren werden dieser Aufgabe am ehesten gerecht.

b. aufsuchende Arbeit

Viele Migrantinnen und Migrantinnen stammen aus Gesellschaften und Kulturen, in denen öffentliche Beratungsstellen entweder nicht existieren oder aus guten Gründen mit Misstrauen betrachtet werden. Daher ist eine aufsuchende Arbeit unumgänglich, um Hemmschwellen abzubauen.

c. attraktive Angebote mit Kinderbetreuung, in denen Frauen unter sich sein können.

Wie unter Kapitel 8.10 schon zu Sprachkursen beschrieben, versprechen Kombinationsangebote noch die besten Aussichten, um diesen Personenkreis zu erreichen. Dazu gehören auch gezielte Beratungsangebote, die sich an der Lebenswirklichkeit der Frauen orientieren (Ernährung,

Kindergesundheit, Sexualberatung, Verhütung etc.) und Sportangebote gezielt für Frauen. In diesem Zusammenhang haben sich spezielle Badezeiten für Frauen in öffentlichen Schwimmbädern und andere Angebote durch Sportvereine bewährt, die auch gerne von Frauen aus der Mehrheitsgesellschaft angenommen werden.

8.12 Jugend- und Vereinsarbeit

Auch hier ist auf der kommunalen Ebene in erster Linie eine Netzwerkkoordination erforderlich. Wie zur Sprachförderung und zur Unterstützung von Frauen schon beschrieben, gelingt dies am besten, wenn mehrere Anbieter gezielt zusammenarbeiten.

a. Angebote im Zusammenhang mit Schulen.

Bildungsferne soziale Gruppen werden noch am ehesten erreicht, wenn sie dort aufgesucht und angesprochen werden, wo sie sich aufhalten oder aufhalten müssen. Die Schulen sind Orte, an denen Jugendliche am leichtesten zu erreichen sind. Themen der Berufsplanung, der Gesundheit, der Sprachförderung, der Prophylaxe von Delinquenz, des Zugangs zu sinnvoller Freizeitaktivität und andere können, wie viele modellhafte Beispiele – auch in Germering - zeigen, gut über die Schulen an Jugendliche herangetragen werden. Auch haben Schulen leichter die Möglichkeit, die Eltern zu erreichen, um gemeinsam an einer guten Zukunft von Jugendlichen zu arbeiten.

Hier kann die Stadt koordinierende Aufgaben übernehmen und den Kontakt zwischen den Schulleitungen und gemeinnützigen und öffentlichen Anbietern herstellen.

Ein besonderes Augenmerk ist auf eine gute Kontaktpflege mit den Leitungspersonen zu richten. Eine ganze Reihe von ihnen haben bei der Befragung angegeben, nicht in Germering zu wohnen und daher schlecht über die soziale Situation der Stadt informiert zu sein.

b. Aufsuchende Arbeit – Streetwork

Um Jugendliche zu erreichen, die bereits aus den gängigen Bildungsangeboten herausgefallen und daher über die Schulen nur bedingt ansprechbar sind, wird man um eine aktive Ansprache nicht herumkommen. Die Jugendhilfe, die offene Jugendarbeit und die Polizei in Germering nutzen diese Modelle bereits. Die Stadt kann hier eine Koordination und Vernetzung der Streetworker mit den anderen Akteuren im Feld unterstützen. Je besser der Austausch, umso besser können die Erkenntnisse der einzelnen Streetworker einer möglichst breiten Fachöffentlichkeit zu Gute kommen und für die Sozialplanung genutzt werden.

c. Ausbau der Freizeitangebote

Unter Berücksichtigung der bestehenden lokalen Angebote durch Vereine und andere Initiativen wäre gemeinsam zu überlegen, wie Jugendliche mit Migrationshintergrund am ehesten einbezogen werden können. Gerade hier ist sorgfältig auf die soziale Situation zu achten und zu überlegen, wie jungen Menschen, die von daheim nicht gefördert werden, ein attraktives Angebot gemacht werden kann.

d. Monitoring der Vereine

Monitoring darüber, in wie weit ihr Angebot die Migrantenbevölkerung erreicht, ist für viele Vereine Neuland. Wie oben beschrieben, ist das auch keine einfach zu bewältigende Aufgabe.

Bei der Erhebung wurde eine deutliche Unterrepräsentation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Germeringer Vereinen deutlich.

Daher wäre es im Sinne einer zukunftsweisenden Integrationspolitik sinnvoll, dass die Stadt nach einer zumutbaren Ankündigung hierzu Auskunft einfordert.

Allein die Beschäftigung mit diese Anforderung erhöht die Aufmerksamkeit und führt, wie auch Beispiele in Germering zeigen, zu neuen Angeboten.

Die Stadt oder eine zu etablierende Fachstelle (siehe Kapitel 8.1) kann dann dazu beraten, welche der Fördermöglichkeiten von Fonds, Stiftungen etc. Unterstützung bieten können.

e. Jugendmigrationsdienst

Viele Kommunen machen gute Erfahrungen mit Jugendmigrationsdiensten. Diesen Einrichtungen in frei-gemeinnütziger Trägerschaft wurde vom Bundesamt ausdrücklich die Förderung der Integration jugendlicher Migranten und Migrantinnen zugewiesen. Im Landkreis Fürstentum gibt es keine derartige Einrichtung. Auf Kreisebene können die Stadt Germering – oder die Kreistagsräte – sich längerfristig dafür einsetzen, dass Germering auch von derartigen Angeboten profitieren kann oder dass entsprechende Anbieter in München sich stärker auch in Germering engagieren.

8.13 Kultursensible Altenhilfe

Nach Abschluss der Erhebung wurde klar, dass die Versorgungssituation der Migranten und Migrantinnen durch die Altenhilfe in Germering nicht ausdrücklich erfragt wurde. Trotzdem soll auf die sich abzeichnende Situation hingewiesen werden.

Der Anteil der über sechzigjährigen Migranten und Migrantinnen ist eine der am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen. Personen, die lange darauf gehofft haben, im Alter in ihr Heimatland zurückkehren zu können, bleiben hier. Die wachsenden Familien mit Kindern und Enkelkindern, die bessere gesundheitliche Versorgung und ein drohender Verlust der Aufenthaltsrechte bei längerer Abwesenheit veranlassen immer mehr Migranten und Migrantinnen, ihren Lebensabend in Deutschland zu verbringen. Die Wohnsituation in kleinen Wohnungen und mehr Kleinfamilien mit wenigen Kindern gestatten, wie bei der Mehrheit der Menschen in unserem Land, aber immer weniger die Betreuung gebrechlicher alter Menschen in der Familie.

Daher kommt auf die Altenhilfe zunehmend die Anforderung zu, Menschen zu betreuen, die aus anderen Traditionen kommen als die Mehrheitsgesellschaft. Sie ist durchweg schlecht dafür gerüstet. Die Nutzerzahlen sprechen deutlich dafür, dass Migranten und Migrantinnen ihrerseits sich auch nur sehr zögerlich an die entsprechenden Dienste wenden.

Daher steht auch hier die Stadt vor der Aufgabe, die Diskussion dieses Themenfeldes mit den Verantwortlichen aktiv anzugehen und die Notwendigkeit der Entwicklung kultursensibler Altenhilfeprojekte in den Altenhilfeplan aufzunehmen.

8.14 Kultursensible Hilfe für Menschen mit Behinderungen

Gleiches wie zuvor bei der Altenhilfe benannt, gilt auch für die Hilfe für Menschen mit Behinderungen – dies für Erwachsene, Kinder- und Jugendliche und für Familien. Die Begrifflichkeit der *Integration* wird für diese Gruppen schon viel länger in die politische Diskussion eingebracht. Leider sind auch die speziellen Bedürfnisse von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund hier nicht angemessen berücksichtigt. Migranten und Migrantinnen sind in den Versorgungseinrichtungen wie in den Selbsthilfevereinigungen deutlich unterrepräsentiert. Daher steht die Stadt Germering auch hier vor der Aufgabe, mit den lokalen Repräsentanten und den Betroffenen gemeinsam Modelle zu entwickeln, wie Migranten und Migrantinnen mit Behinderungen ein verbesserter Zugang zu den bestehenden Institutionen ermöglicht werden kann.

8.15 Wirtschaftsförderung als Integrationsförderung

Die Wirtschaft und das Gewerbe Germerings leisten einen großen Beitrag zur Integration, in dem sie Arbeitsplätze schaffen. Ein guter Arbeitsplatz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher dient alles der Integration, was dazu beiträgt, Menschen mit Migrationshintergrund einen Arbeitsplatz zu bieten.

Die Arbeit ist auch ein wichtiges Feld, in dem Menschen mit unterschiedlich kulturellem Hintergrund kooperieren (müssen) und sich darüber besser kennen lernen.

Hierzu könnte es sich die Stadt Germering zur Aufgabe machen, Vernetzungen zwischen Schule und Gewerbe zu fördern (siehe auch Kapitel 8.3.b.i.) und Patenschaften zu unterstützen (Kapitel 8.10.b.ii.), damit mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Lehr- und Ausbildungsstelle bekommen.

Wie in anderen deutschen Kommunen auch, wäre es sinnvoll, in Kooperation mit den Vertretern des Gewerbes Firmen, die von Ausländern geführt werden, zu ermutigen, mehr Lehrstellen anzubieten.

9. Zusammenfassung und Prozessempfehlungen

Ein Integrationsplan kann nur eine Absichtserklärung sein, zu der sich ein Gemeinwesen durch eine politische Entscheidung entschließt. Die entsprechenden Pläne des Bundes, des Freistaats Bayern, des Deutschen Städtetags und anderer Deutscher Städte sind hier beispielgebend. Daher kann sich ISTOB hier nur darauf beschränken, Empfehlungen zu geben.

Diese Empfehlungen können sich nur auf Bereiche beziehen, die eine kreisangehörige Stadt, wie Germering, im eigenen Handlungsbereich entscheiden kann. Daher werden hier für Integration höchstrelevante Bereiche, die der Entscheidung des Bundes, des Freistaats, des Landkreises oder der Europäischen Union liegen, nicht

thematisiert oder nur gestreift. Dies betrifft beispielsweise das Ausländer- und Asylrecht, die Schul-, Arbeitsmarkt- und Jugendhilfepolitik, die Sicherheitspolitik und Ausstattung der Polizei. Zu all diesen Themen kann die Stadt Germering, wie in Kapitel 8.8 benannt, nur die Zusammenarbeit suchen.

Es gibt auch eine ganze Reihe von Dimensionen einer gezielten Integrationspolitik, die in diesem Plan nicht genannt werden. Die befragten Akteure haben sich dazu nicht geäußert. Dazu gehören beispielsweise die Gewaltprophylaxe für Kinder- und Jugendliche aus belasteten Familien, der interreligiöse Dialog oder das Bestattungswesen. Hier haben wir uns auf diejenigen Themen beschränkt, die aus Germering als vorrangig benannt wurden. In einer möglichen Fortschreibung eines dynamischen Integrationsplans wären für diese Themen und weitere Platz.

Im Kern lassen sich die wichtigsten Aufgaben der eigenen Integrationspolitik in drei Schwerpunktbereiche gliedern

- **Verbesserung von Information und Bestandserhebung**
- **Förderung von bürgerschaftlichem Engagement der Migranten und Migrantinnen, der Beschäftigten und Verantwortlichen in Institutionen und Vereinen und von interessierten Bürgern**
- **Bessere Vernetzung der relevanten Akteure**

Alle unter Kapitel 8 genannten Vorschläge dienen dazu, diese drei Aufgaben umzusetzen.

Mittelfristig haben die empfohlenen Aktivitäten nur dann Erfolg, wenn die Stadt sich zu einem interkulturellen Leitbild bekennt. Andere Städte in Bayern und in Deutschland haben sich über ein solches Leitbild ausdrücklich zu einer aktiven Integrationspolitik verpflichtet, welches Politik und Verwaltung Leitideen vorgibt. Auch die Stadt Germering wird um ein solches Leitbild nicht herum kommen, wenn die Aufwendungen für einen Integrationsplan – für den diese Empfehlungen ein erster Schritt sind - mittel- und langfristige Wirkung entfalten sollen. Es geht um eine Festschreibung: Was wollen wir kurzfristig, mittelfristig, langfristig? Was sind Perspektiven und was sind konkrete Maßnahmen, die die Stadt Germering mit ihren eigenen Mitteln umsetzen kann?

Es sind auch Konsequenzen aus dem Befragungsprozedere selber zu ziehen. Drei Phänomene fielen bei der Erhebung der bestehenden Ressourcen besonders auf.

- Zum einen hat knapp ein Drittel der Befragten keine Auskunft zu den Fragen über die positiven Entwicklungen abgegeben. Am häufigsten wurde als Begründung dafür ein anderer Wohnort als Germering angegeben. Für weitere Planungen ergibt sich daraus die Frage, wie die befragten Hauptakteure in Germering über die Gesamtverhältnisse besser informiert und in ein förderliches Netzwerk eingebunden werden können.
- Zum Anderen gilt es, die geäußerten Anregungen und konstruktiven Kritikpunkte genau zu analysieren. So wurden in der Gesamterhebung viele An-

gebote benannt, die aber zu wenig angenommen werden. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragestellungen: Woran kann es liegen? Welche Änderung der Routinen und der Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig, um die entsprechende Zielgruppe zu erreichen? Diesbezüglich wird Qualitätsmanagement zu Fragen der interkulturellen Öffnung unumgänglich sein.

- Dann stellte sich heraus, dass die Stadt Germering nur über geringe statistische Möglichkeiten verfügt, sich über die Konsequenzen ihrer Entscheidungen Rechenschaft abzulegen. Wie in Kapitel 8.4 dargelegt, wären dazu weitere Entwicklungen erforderlich.

Zur weiteren Umsetzung dieses Entwurfs für einen Integrationsplan möchten wir folgende Vorschläge machen:

Als nächster Schritt wären die hier niedergelegten Ideen von den städtischen Referenten und dem Sozialausschuss zu diskutieren und gegebenenfalls in einer veränderten Form dem Stadtrat vorzulegen.

Nach einer Vorberatung im Sozialausschuss stände für den Stadtrat eine Entscheidung über einen Integrationsplan der Stadt Germering an. Wir möchten dazu dringend empfehlen, sich sorgfältig zu überlegen, unter welcher Bezeichnung dieser Plan veröffentlicht wird. „Bündnis für Integration“ „Integrationsprogramm“, „Integrationskonzept“ wäre Beispiele aus anderen Städten. Auch die Form und der Rahmen der öffentlichen Vorstellung sollte sorgfältig überlegt werden, um Kooperationen bestmöglich zu fördern.

Nach der Veröffentlichung wären die zentralen Aussagen in einem Leitbild zu formulieren, welches in die Außendarstellung der Stadt eingesetzt wird. Dieses wäre dem Beispiel andere Städte folgend eher knapp und prägnant zu formulieren.

Dazu wird es notwendig sein, dass sich die Stadt auf der Verwaltungsebene in Form einer Fachstelle (siehe dazu Kapitel 8.1) und auf der parlamentarischen Ebene in Form eines Ausschusses/Beirats (siehe Kapitel 8.5) Einrichtungen schafft, die ihr zuarbeiten.

Um eine Nachhaltigkeit zu garantieren, wäre der Integrationsplan - als Selbstverpflichtung der Stadt - in regelmäßigen Abständen, am besten einmal jährlich, nach Vorarbeit durch die Fachstelle und den Ausschuss/Beirat in seinen einzelnen Punkten kritisch zu prüfen und in einer schrittweise konkretisierten Form fortzuschreiben.

Dieses Vorgehen erlaubt es, in Abstimmung mit anderen politischen Notwendigkeiten, sich in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess zu halten. So kann die Stadt Germering gleichzeitig schrittweise Verbesserungen einführen und von und mit den Migranten und Migrantinnen, von den professionellen Akteuren und von den Bürgern interkulturell lernen.

Denn Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine Dimension zum guten Umgang mit Unterschiedlichkeiten. Eine Reihe von Untersuchungen haben gezeigt, dass *Diversity Management*, also der Einbezug von Menschen, die sich nach Kultur, Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung unterscheiden, die Leistungsfähigkeit und Flexibilität von Organisationen und Städten erhöht.

Somit würde Germering einen guten zukunftsweisenden Weg beschreiten!

10. Referenzen

- (1) nationaler Integrationsplan:
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/07/Anlage/2007-10-18-nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf>
- (2) Bayerisches Integrationskonzept:
www.stmas.bayern.de/migration/integrationspolitik/aktion-integration.pdf
- (3) Städtetag: www.staedtetag.de/10/veroeffentlichungen/schriften/index.html
- (4) EU: http://ec.europa.eu/external_relations/migration/intro/index.htm
- (5) www.bayzent.de
- (6) www.ethno-medizinisches-zentrum.de
- (7) www.bkk-promig.de
- (8) www.gender-mainstreaming.net
- (9) Diversity Management: www.vielfalt-als-chance.de/index.php?id=29
- (10) www.stuttgart.de/sde/global/images/mdb/publ/2516/37580.pdf
- (11) Bundesamt: www.integration-in-deutschland.de/
- (12) Städte und Gemeindebund:
www.dstgb.de/homepage/positionspapiere/positionspapier_zum_integrationsgipfel_am_14_07_2006/index.html
- (13) www.stuttgart.de/sde/global/images/mdb/publ/14846/25685.pdf
- (14) www.eurofound.europa.eu/areas/populationandsociety/clip.htm
- (15) Fankfurt Integrationspreis:
[www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2886&_ffmpar\[_id_inhalt\]=352713](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2886&_ffmpar[_id_inhalt]=352713)